



Liebe Leserinnen und Leser,

der Koalitionsvertrag ist da und damit eine gute Gelegenheit für eine Sonderausgabe meines Newsletters. Ich wünsche eine angenehme Lektüre und in diesem Sinne natürlich auch frohe Ostern!

Ihr und Euer

Dr. Klaus Wiener



Der Koalitionsvertrag steht

Es ist vollbracht. In recht kurzer Zeit haben sich CDU/CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Natürlich bleibt der Vertrag hinter dem zurück, was wir uns als Union wünschen würden. Persönlich bin ich mit einigen konsumtiven Ausgaben wie der Erhöhung der Pendlerpauschale oder der Senkung der Umsatzsteuer für eine einzelne Branche nicht glücklich. Dessen ungeachtet können wir mit dem Koalitionsvertrag aber durchaus zufrieden sein, denn wir haben weit mehr durchgesetzt als viele zwischenzeitlich erwartet haben.

Fortschritte sehe ich vor allem in der Steuerpolitik und in der Frage der Migration. Die geplanten Steuererleichterungen für Unternehmen ermöglichen einen stärkeren Anreiz zu investieren. Wenngleich ein früherer Beginn bei der Senkung der Körperschaftssteuer günstiger gewesen wäre, ist dies ein starkes Signal. Auch kleine und mittlere Einkommen werden durch die Senkung der Einkommensteuer zur Mitte der Legislaturperiode Entlastung erfahren. Auch hier gilt: Schneller wäre besser, mehr war aber leider nicht drin, denn die SPD hat sich bis zuletzt sogar für Steuererhöhungen eingesetzt.

Kommunen im Blick, Fortschritte bei der Bekämpfung der illegalen Migration

Für die Kommunen schlägt positiv zu Buche, dass ihnen 100 Mrd. € aus dem Sondervermögen Infrastruktur zukommen werden und sich der Bund mit 250 Millionen € pro Jahr an Maßnahmen der Länder zur Reduzierung der Altschulden beteiligen wird. Natürlich muss dies mit Änderungen einhergehen, die verhindern, dass neue Schulden in Rekordzeit wieder aufgebaut werden. Umso wichtiger ist es, dass die geplante „faire Aufgaben- und Finanzierungsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen“ schnell und erfolgreich umgesetzt wird (Stichwort Konnexität).

Positiv zu bewerten sind m. E. auch die Ergebnisse bei der Bekämpfung der Migration. Hier konnten wir viele unserer Forderungen aus dem Wahlprogramm im Koalitionsvertrag festschreiben. Meines Erachtens sind die Maßnahmen geeignet, dass wir unserem Ziel, Humanität zu bewahren und Ordnung in der Migration zu schaffen, ein großes Stück näherkommen.

Flexibilität bewahren

Mit dem Koalitionsvertrag kann der Politikwechsel in weiten Teilen gelingen. Dies gilt insbesondere in Abgrenzung zu dem, was die Ampel zuvor abgeliefert hat. Mein Wunsch wäre, dass wir in den kommenden vier Jahren die zentralen Punkte erfolgreich umsetzen können. Wir müssen uns aber auch Flexibilität bewahren. Der größte Fehler der Ampel war, dass der Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2021 trotz der Zeitenwende des Jahres 2022 unverändert abgearbeitet wurde.

Auf den nächsten Seiten finden Sie eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Punkte aus dem Koalitionsvertrag. Außerdem können Sie mein Interview mit der Rheinischen Post zum Koalitionsvertrag [hier](#) finden.



Der Politikwechsel kommt.

Wirtschaftswende



Unser Ziel ist es, das Potenzialwachstum wieder auf deutlich über 1 % zu heben. Unsere deutsche Wirtschaft muss wieder stark und international wettbewerbsfähig werden. Denn wir wollen ein Land mit einem starken industriellen Kern und einer vielfältigen Landschaft aus kleinen und mittelständischen Unternehmen bleiben.

- **Steuersenkungen für Unternehmen** und **Investitionsbooster** durch degressive Abschreibung i. H. v. 30 % in den Jahren 2025 bis 2027 und beginnend ab 2028 Reduktion der Körperschaftssteuer in fünf Schritten um jeweils 1 Prozentpunkt jährlich
- **Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen** zur Mitte der Legislatur
- **Bezahlbare Energie** für Unternehmen und Verbraucher durch **Senkung der Stromsteuer** auf das europäische Mindestmaß und Reduktion von Umlagen und Netzentgelten
- Festhalten am **Ziel der Klimaneutralität bis 2045** und Kohleausstieg 2038. Abschaffung des Heizungsgesetzes und Ersetzung durch ein technologieoffenes Gebäudeenergiegesetz
- Gesetzespaket zur Ermöglichung von CO₂-Abscheidungs- und Speichertechnologien (CCS) / Nutzungstechnologien (CCU)
- **Reduktion der Bürokratiekosten** für die Wirtschaft um 25 %, u.a. durch Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes
- **Staatsmodernisierung** durch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, Abbau des Personals in der Bundesverwaltung sowie Aufbau einer digitalisierten Verwaltung mit **digitalem Bürgerkonto**
- Unterstützung der **Forschung und Entwicklung**, indem der Staat (und idealerweise auch die Privatwirtschaft) bis 2030 jährlich mind. 3,5 % des BIP für Forschung und Entwicklung aufwenden werden

Aktivierende Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik



Die Demografie stellt den Arbeitsmarkt vor große Herausforderungen. Das Arbeitsangebot muss steigen, nur so lässt sich neues Wirtschaftswachstum realisieren. Dies gelingt uns zum einem durch Hebung des Potenzials inländischer Arbeitskräfte und zum anderen durch eine geordnete Erwerbsmigration.

- Abschaffung des Bürgergelds und Einführung einer **neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende** mit strengeren Sanktionen bei Menschen, die arbeiten können und zumutbare Arbeit verweigern
- Einführung der **wöchentlichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit**
- **Steuerfreie Überstundenzuschläge** bei Vollzeitarbeit, damit sich Leistung wieder lohnt
- Förderung von **Erwerbsmigration** durch Einrichtung einer digitalen Agentur für Fachkräfteeinwanderung (Work-and-Stay-Agentur)
- Einführung der **Aktivrente**, womit nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters **bis zu 2.000€/Monat** steuerfrei verdient werden können
- Gesetzliche Absicherung des **Rentenniveaus von 48 % bis 2031**
- Vollendung der **Mütterrente** mit 3 Rentenpunkten **für alle**, unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes
- Einführung einer **Frühstart-Rente**, die für jedes Kind, das eine Bildungseinrichtung in Deutschland besucht, vom sechsten bis zum 18. Lebensjahr pro Monat 10 € in ein individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot einzahlt



Migrationswende



Wir müssen schnellstmöglich die Kontrolle über die Migration zurückgewinnen. Dafür müssen wir die Migration wieder besser ordnen und steuern und die illegale Migration beenden. Auch werden wir die Anreize reduzieren, in die Sozialsysteme einzuwandern. Unser Ziel bei der Migration: Humanität und Ordnung!

- Zurückweisung an **gemeinsamen Grenzen** in Abstimmung mit europäischen Nachbarn
- Befristetes **Aussetzen des Familiennachzugs subsidiär Schutzberechtigter** für mindestens zwei Jahre
- Beenden **freiwilliger Bundesaufnahmeprogramme** und kein Aufsetzen neuer Programme
- Mehr **Migrationsabkommen** sowie Erweiterung der Anzahl **sicherer Herkunftsstaaten**
- Streichung des **Verbindungselements**, um Rückführungen und Verbringungen zu ermöglichen
- **Kompetenzerweiterung** an Bundespolizei, wodurch diese ausreisepflichtige Ausländer vorübergehend in Haft nehmen bzw. Ausreisegewahrsam beantragen kann
- Prüfung der Errichtung von **Bundesausreisezentren** mit dem Ziel der beschleunigten Ausreise
- **Keine Turboeinbürgerung** nach drei Jahren; der deutsche Pass steht am Ende einer erfolgreichen Integration

Innere Sicherheit



Wir sorgen dafür, dass sich jede Person im Alltag sicher bewegen kann und setzen uns für mehr Schutz gefährdeter Gruppen ein. Wir starten eine Sicherheitsoffensive. Sicherheitsbehörden verdienen unsere Unterstützung und das Vertrauen von Politik und Gesellschaft.

- Einführung einer **3-monatigen Sperrfrist** für **IP-Adressen** und **Portnummern** sowie Ermöglichung der **Quellen-Überwachung (TKÜ)** für die Bundespolizei bei der Bekämpfung schwerer Straftaten
- Verschärfter Kampf gegen **Organisierte Kriminalität**, u.a. durch vollständige Beweislastumkehr
- Besserer **Schutz für Frauen** durch Einführung der elektronischen Fußfessel für Gewalttäter gegen Frauen
- Verschärfter **strafrechtlicher Schutz** von **Einsatz- und Rettungskräften, Polizisten** sowie Personal in **Gesundheitsberufen**

Äußere Sicherheit



Das Ziel unserer Außen- und Sicherheitspolitik ist die **Bewahrung eines Friedens und eines Lebens in Freiheit und Sicherheit**. Wir lassen uns vom Grundsatz leiten: **Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen.**

- Einrichten eines **Nationalen Sicherheitsrates** mit Sitz im Bundeskanzleramt
- Deutlicher Anstieg der **Verteidigungsausgaben** entlang der NATO-Ziele und Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung bei der Bundeswehr
- **Wehrdienst** mit freiwilligem Ansatz entlang des Schwedischen Modells
- Politik des **De-Risking mit China** und Fokus auf volle Reziprozität
- Pragmatische Umsetzung von **Handelsabkommen**, v.a. Mercosur
- Wöchentliches „**EU-Monitoring**“ im **Bundeskanzleramt**, um mögliche Konflikte früher zu unterbinden bzw. zu lösen

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier](#).

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
16.04.2025

